

Deutschland auf Entspannungskurs

15.08.2018

ANKARA/BERLIN (Eigener Bericht) - Die Bundesregierung setzt sich in ihrer Reaktion auf die aktuelle Finanzkrise in der Türkei von den Vereinigten Staaten ab und dringt auf eine ökonomische Konsolidierung der Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan. "Niemand" könne Interesse an "einer wirtschaftlichen Destabilisierung" des Landes haben, erklärt Bundeskanzlerin Angela Merkel. US-Präsident Donald Trump hatte zuvor mit der Verschärfung der Strafzölle gegen die Türkei die Wirtschaft des Landes noch stärker ins Schlingern gebracht. Deutsche Ökonomen halten das ökonomische Gewicht der Türkei für nicht ausreichend, um die EU in eine echte Wirtschaftskrise zu stoßen; doch drohten über "Ansteckungseffekte" in der labilen Weltwirtschaft Gefahren. Es komme hinzu, heißt es in Wirtschaftskreisen, dass die Türkei bekanntlich als "Türsteher" der EU zur Abwehr von Flüchtlingen fungiere; eskaliere die Wirtschaftskrise, dann könne nicht nur die türkische Flüchtlingsabwehr kollabieren; möglicherweise machten sich dann auch türkische Bürger auf die Flucht vor der Krise in die EU.

"Kein Interesse an Destabilisierung"

Angesichts der rasch eskalierenden Währungs- und Finanzkrise in der Türkei hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel für eine schnelle wirtschaftspolitische Stabilisierung der Regierung von Recep Tayyip Erdoğan ausgesprochen - und ist damit auf Konfrontationskurs zur US-Administration gegangen, die soeben erst ihre Strafzölle gegen das Land verschärft hat.[1] Niemand habe ein Interesse an "einer wirtschaftlichen Destabilisierung" des Landes, erklärte Merkel am Montag; Deutschland setze sich vielmehr für eine "wirtschaftlich prosperierende Türkei" ein. Man werde in "nächster Zeit" Gelegenheit bekommen, auch umstrittene finanzpolitische Fragen - etwa die der Unabhängigkeit der türkischen Notenbank - mit Erdoğan zu besprechen, erklärte die Bundeskanzlerin. Damit spielte sie auf den für Ende September geplanten, umstrittenen Staatsbesuch des türkischen Präsidenten an, bei dem laut Berichten eine Ausweitung der finanziellen Unterstützung der Türkei durch die EU diskutiert werden soll.[2] Im Gespräch seien Kredite der Europäischen Investitionsbank und ein finanzieller "Ausbau des Flüchtlingsabkommens", heißt es.

Strafmaßnahmen beendet

Kurz vor der aktuellen Zuspitzung der Währungskrise und des politischen Konflikts zwischen Washington und Ankara hat die Bundesregierung überdies Strafmaßnahmen gegen die Türkei, die sie im vergangenen Sommer nach der willkürlichen Inhaftierung deutscher Journalisten und Menschenrechtler verhängt hatte, auslaufen lassen.[3] "Klammheimlich" habe Berlin die "Deckelung der Exportbürgschaften für die Türkei beendet", obwohl sich "die Menschenrechtssituation ... nicht verbessert" habe, wird berichtet.[4] Schon vorher habe die deutsche Wirtschaft trotz der diplomatischen Spannungen zwischen Berlin und Ankara von einem raschen Anstieg der Hermes-Bürgschaften bei Exporten in die Türkei profitieren können. Der Umfang der Hermes-Bürgschaften, mit denen der deutsche Staat Ausfuhren in politisch unsichere Absatzmärkte deckt, wuchs 2017 gegenüber dem Vorjahr um rund ein Drittel auf 1,46 Milliarden Euro. Während US-Präsident Donald Trump Ankara drohe, setze "Deutschland auf einen Entspannungskurs", resümieren Korrespondenten.[5]

"Massive Sorgen" - und Chancen

Die Kooperationssignale, die Berlin in Richtung Ankara sendet, werden durch Warnungen deutscher Ökonomen vor den sozioökonomischen und politischen Folgen einer schweren Wirtschaftskrise in der Türkei flankiert. Man müsse sich "massive Sorgen" machen, erklärt der Chef des Münchener Ifo-Instituts, Clemens Fuest; das Land befinde sich in einer klassischen Wirtschafts- und Währungskrise, der mit Abstand schwersten Krise "in der gesamten Regierungszeit Erdogans".[6] Die Türkei sei ein "wichtiger Handelspartner" und "trotz aller Konflikte Nato-Mitglied" sowie "ein wichtiger Faktor für die politische Stabilität im Nahen Osten". Die aktuelle Krise könne auch eine Chance sein, "die Beziehungen zwischen der Türkei und den EU-Staaten auf eine neue Basis zu stellen", erklärt Fuest, der von Ankara eine bessere Zusammenarbeit und politische Veränderungen fordert. Dabei geht es neben der Einhaltung rechtsstaatlicher Standards vor allem um die volle Unabhängigkeit der türkischen Notenbank. Der Ifo-Chef spricht sich anstelle von Euro-Darlehen, die in der EU höchst unpopulär seien, für ein IWF-Programm als weitaus "besseren Weg" aus, der der Türkei Unterstützung zu leisten. Ähnlich argumentiert Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), der den IWF den "letzten Rettungsanker" der Türkei nennt.[7]

Der "Türsteher" der EU

Fuest hält das ökonomische Gewicht der Türkei für nicht groß genug, um eine Wirtschaftskrise in der EU auszulösen; doch würden die ökonomischen Verwerfungen am Bosphorus die bereits vorhandenen "weltwirtschaftlichen Belastungsfaktoren" in einem labilen globalen Umfeld verstärken. In Europa sei das Vertrauen in die Wirtschaftsentwicklung "fragil". Zum Brexit, zum europäisch-US-amerikanischen Handelsstreit um Strafzölle auf Stahl und Aluminium und um deutsche Autoexporte sowie zu den Belastungen durch die US-Strafzölle gegen China kämen noch die Sanktionen gegen Iran und Russland hinzu, in die der ehemalige Exportweltmeister Deutschland direkt oder indirekt eingebunden ist. Wirtschaftsmedien machen überdies auf den drohenden Fallout einer Wirtschaftskrise in der Türkei für die EU-Flüchtlingsabwehr aufmerksam; Ankara fungiert bekanntlich als "Türsteher" der EU im Südosten des Kontinents.[8] Bei einer Verschärfung der Wirtschaftskrise würden - zusätzlich zu Flüchtlingen aus anderen Ländern - womöglich auch viele Bürger der Türkei den Weg in die EU suchen; die "geschätzt drei Millionen syrischen Flüchtlinge", die heute in der

Türkei lebten, kämen noch "obendrauf".[9] Im Fall einer schweren Wirtschaftskrise könnten sogar die Grenzkontrollen, die gegenwärtig die Flüchtlinge aufhalten, zusammenbrechen. Erdoğan könne dieses "Szenario unkontrollierbarer Grenzen, über die erneut Millionen Flüchtlinge nach Europa strömen", als ein Druckmittel benutzen, um abermals Milliardenkredite aus Brüssel zu erhalten.

Deutsch-türkische Geschäfte

Während Deutschland der wichtigste Handelspartner der Türkei ist, findet sich die kleinasiatische Volkswirtschaft in der deutschen Exportbilanz des Jahres 2017 erst auf Rang 16 - hinter Ungarn und der Russischen Föderation. Den deutschen Exporten, die rund 21,4 Milliarden Euro betragen, stehen türkische Importe von 16,2 Milliarden Euro gegenüber; der deutsch-türkische Handel trägt somit zum hohen türkischen Leistungsbilanzdefizit von rund 6,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bei. Zum Vergleich: Die Bundesrepublik hat im Jahr 2017 insgesamt Waren im Wert von 1.278 Milliarden Euro exportiert. Laut dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag(DIHK) sind rund 6.500 deutsche Unternehmen in der Türkei aktiv, die dort 120.000 Lohnabhängige für sich arbeiten lassen.[10] In den ersten fünf Monaten dieses Jahres sanken die deutschen Ausfuhren an den Bosphorus krisenbedingt bereits um 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum; doch selbst eine schwere Wirtschaftskrise, die die deutschen Exporte in die Türkei um 20 Prozent kollabieren ließe, würde nicht unmittelbar zu einem konjunkturellen Einbruch in der Bundesrepublik führen: Das Wachstum in Deutschland ginge in einem solchen Fall nur um 0,1 Prozent zurück.

Ansteckungseffekte

Ähnlich verhält es sich mit den Darlehen deutscher Banken am Bosphorus, die mit - je nach Berechnungsgrundlage - 13 bis 21 Milliarden Euro weitaus geringer ausfallen als diejenigen der europäischen Konkurrenz. Spanische Banken haben Kredite im Umfang von rund 80 Milliarden Euro in der Türkei im Feuer, bei französischen Kreditinstituten sind es immerhin noch 35 Milliarden Euro. Insbesondere die spanische Bank BBVA, das französische Geldhaus BNP Paribas und die italienische Großbank Unicredit sind in der Türkei stark exponiert. In Deutschland hat die Commerzbank Türkiedarlehen im Umfang von 2,5 Milliarden Euro vergeben. Die Auslandsverbindlichkeiten der Türkei, die bei einer schweren Finanzkrise bedroht wären, belaufen sich insgesamt auf rund 200 Milliarden Euro. Die konjunkturelle Gefahr für die hochgradig vom Export abhängige Bundesrepublik samt der wirtschaftlich labilen Eurozone resultiert eher aus den mittelbaren "Ansteckungseffekten" der türkischen Finanzkrise, die sich schnell auf andere, ebenfalls in Devisen hochverschuldete Schwellenländer ausbreiten kann.

[1] So äußerte sich Angela Merkel zur Türkei-Krise. wallstreet-online.de 13.08.2018.

[2] Thomas Mayer: Sultanomics. faz.net 12.08.2018.

[3] S. dazu [Brüchige Brücke \(https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7356/\)](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7356/).

[4] Christian Geinitz: Bundesregierung lässt Sanktionen gegen Türkei auslaufen. faz.net 20.07.2018.

[5] Markus Bernath: Während Trump der Türkei droht, setzt Deutschland auf einen Entspannungskurs. nzz.ch 27.07.2018.

[6] Jens Münchrath: "Wir müssen uns massive Sorgen machen" - Clemens Fuest fordert Hilfen für die Türkei. handelsblatt.com 12.08.2018.

[7] Erdogan kündigt Boykott von elektronischen Geräten aus den USA an. tagesspiegel.de 14.08.2018.

[8] S. dazu [Die europäische Lösung \(https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/6918/\)](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/6918/).

[9] Kristina Antonia Schäfer: So gefährlich ist die Türkei-Eskalation für Deutschland. wiwo.de 13.08.2018.

[10] Was der Lira-Absturz für die deutsche Wirtschaft bedeutet. welt.de 13.08.2018.





© German News Information GmbH
info@german-foreign-policy.com (<mailto:info@german-foreign-policy.com>)

